

1 **Antrag 1: Den Widerstand gegen den Kürzungshaushalt organisieren!**

2 Antragsteller*innen: Fabian Nehring, Martha Kleedörfer, Deike Janssen, NiklasGraßmann, BO Wedding

3 Unterstützer*innen: Bezirksvorstand, Leonard Diederich, Jacqueline Sanehy, Ronja Gerstadt, David
4 Cüppers, BO Moabit-Tiergarten, BO L.E.O.

5
6 Die schwarz-rote Landeskoalition hat dem sozialen Frieden der Stadt Berlin und den Bezirken den
7 Kampf angesagt. Mitten im Doppelhaushaltsjahr stellt sie einen beschlossenen Haushalt in Frage und
8 will über den Kunstgriff der „Pauschalen Minderausgaben“ am Abgeordnetenhaus vorbei zusätzliche
9 3. Mrd Euro einsparen. Das entspricht 7,5 Prozent des gesamten Berliner Haushaltes von rund 40 Mrd.
10 Euro. Doch das ist erst die Spitze des Eisbergs, denn in Interviews mit der Presse spricht Finanzsenator
11 Evers davon, dass 2026 5 Mrd. Euro eingespart werden sollen. Das wäre 12,5 % des derzeitigen
12 Haushaltes. Es ist offensichtlich, dass die Bezirke durch den Berliner Senat herangezogen werden
13 sollen, um diese wahnwitzigen Sparpläne zu verwirklichen. Dies würde den Kostendruck der Bezirke,
14 die seit Jahren durch die aufgezwungene Kosten-Leistung-Rechnung auf Effektivität getrimmt wurden
15 und die derzeit bereits durch Kostensteigerungen bei den Hilfen zur Erziehung allesamt ins
16 Haushaltminus rutschen, um ein Vielfaches steigern. Den Bezirken bleibt dann keine andere Wahl, als
17 die Qualität ihrer Leistungen abzusenken und die Finanzierung von schwer einklagbaren so genannten
18 „freiwilligen sozialen Leistungen“ wie Jugendfreizeitangeboten, Sozialberatungen und
19 Mieter*innenberatungen, Senior*innentreffs und Beratungen für Migrant*innen und Geflüchtete
20 einzustellen.

21
22 Die Linke Berlin Mitte

- 23 • wird sich diesem Sparzwang widersetzen und zusammen mit den Beschäftigten des Bezirks,
24 den Beschäftigten der freien Träger und den Nutzer*innen staatlicher Dienstleistungen und so
25 genannter freiwilliger sozialer Angebote den Widerstand gegen das Kürzungsprogramm des
26 schwarz-roten Senates in Mitte organisieren. Dazu starten wir eine Gesprächsoffensive mit den
27 sozialen Trägern und bauen ein Netzwerk auf, beteiligen uns an Demonstrationen und
28 organisieren Kiezversammlungen, Vernetzungstreffen u.Ä.
- 29 • kämpft für ein Ende der Schuldenbremse und für die Erhöhung der staatlichen Einnahmen
30 durch erhöhte Besteuerung kapitalistischer Unternehmen, Abschöpfung von Extra-Profiten
31 wie beispielsweise in der Phase der Inflation, sowie eine deutlich höhere Erbschaftssteuer
32 ohne Sonderregelungen für Kapitalbesitzer*innen und die Wiedererhebung von
33 Vermögenssteuern. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Erhöhung der
34 Übernachtungssteuer, Grunderwerbssteuer, Zweitwohnungssteuer und Vergnügungssteuer
35 ein. Wir fordern deutlich mehr Anstrengungen bei der Bekämpfung von organisierter
36 Finanzkriminalität und angesichts der Rekordsummen bei ausstehenden Steuerrückständen
37 deren verbesserte Eintreibung sowie deutlich erhöhte Prüfquoten für Großunternehmen.
- 38 • kämpft gegen jeden Versuch weitere Bereiche der Daseinsfürsorge zu privatisieren und
39 unterstützt die Idee eines Privatisierungsverbotes in der Berliner Landesverfassung.
- 40 • setzt sich dafür ein, dass sinnlose Prestigeprojekte wie die Magnetschwebebahn, Berliner
41 Olympiabewerbung oder Förderprogramme, die nur den Reichen dienen, wie etwa die
42 aufgeblähte IBB-Förderung zur Bildung von Wohneigentum, gestoppt werden. Mittels
43 Transaktionskreditermächtigungen wollen an der Schuldenbremse vorbei die
44 Investitionsfähigkeit öffentlicher Unternehmen durch Eigenkapitalzuführungen verbessern,
45 um etwa landeseigene Wohnungsunternehmen, BVG oder Infravelo gezielt zu unterstützen.

- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- wird in der BVV die freiwilligen Leistungen und die soziale Daseinsfürsorge des Bezirkes gegen die Sparmaßnahmen verteidigen und dafür kämpfen, dass nicht die Schwächsten im Bezirk unter den Kürzungen zu leiden haben, indem ihnen Ihre Unterstützungsangebote genommen werden.
 - wird sich für den Stopp des Outsourcings von staatlichen Dienstleistungen einsetzen und für ein System, in dem die Erbringung staatlicher Dienstleistung nicht beständig unter Kostendruck steht und die Beschäftigten nicht jedes Jahr um ihren Job bangen müssen. Die Linke Berlin Mitte kämpft für einen öffentlichen Dienst, der in hoher Qualität Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger Mittes erbringt und dessen Beschäftigte durch gute Tarifverträge abgesichert sind.
 - bekräftigt ihren Beschluss vom 07.10.2023, dass die Kosten-Leitungs-Rechnung inadäquat für die Bedürfnisse des Bezirkes und seiner Bürger*innen ist und abgeschafft gehört. Die Finanzierung der Bezirke hat auf Grundlage der bezirklichen Bedarfe zu erfolgen und nicht auf Grundlage privatwirtschaftlicher Mechanismen mit dem Primärziel Kosten zu drücken.
 - wird sich nicht an Sparvorschlägen im sozialen und kulturellen Bereich sowie im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge beteiligen. Auch die Abgeordneten der Linken Berlin Mitte im Abgeordnetenhaus und die Verordneten der Linken in der BVV Berlin Mitte werden sich nicht an Sparvorschlägen beteiligen. Unser Fokus liegt auf der Verhinderung von Einsparungen des sozialen Berlins. Wir werden nicht in den Kürzungs-Chor einstimmen.

66

67 Begründung:

68

69 Finanzsenator Evers singt das alte neoliberale Lied, dass der Staat kein „Einnahmeproblem“, sondern ein Ausgabeproblem habe. Das ist pure Ideologie. Seit dem sozialen Kahlschlag unter Finanzsenator Sarrazin hat es eine derartige Bedrohung des sozialen Friedens in dieser Stadt nicht mehr gegeben. Als Linke wissen wir aus Erfahrung, wen die Einsparungen treffen werden: Es sind die Ärmsten der Gesellschaft, die auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind. Und es sind die Beschäftigten der freien Träger, die als disponible Masse an Arbeitskräften die Kürzungen ausbaden müssen.

75

76 Die Linke Berlin Mitte hat, das haben wir am 07. Oktober gemeinsam beschlossen, eine grundsätzliche Kritik an dem Zustandekommen der Bezirkshaushalte sowie der nur über „Projekte“ erfolgenden Finanzierung von Hilfen durch die öffentlichen Haushalte über die Bezirke hinaus. Hilfe für die Menschen im Bezirk muss verlässlich und langfristig ausfinanziert sein und darf nicht alle paar Jahre wieder in Frage gestellt werden.

81

82 Im Gegensatz zu den meisten Kommunen in Deutschland sind die Berliner Bezirke abhängig davon, was die Landesebene ihnen für Mittel zur Verfügung stellt. Die aktuellen Einsparungen, die der Berliner Senat an den Bezirken plant, sind der Beleg für die Unhaltbarkeit dieser Situation. Mehr als 80 Prozent der zur Verfügung stehenden Etats kommt aus den Zuweisungen des Landes. Sollte dieser tatsächlich im Jahr 2025 um 7,5% und im Jahr 2026 um 12,5% gekürzt werden, werden die Bezirksfinanzen leiden und eine Spirale des sozialen Kahlschlags wird losgetreten werden. Sozialen Angebote, welche zwar teilweise durch Gesetze – z.B. das Kinder- und Jugendhilfegesetz – vorgeschrieben werden, aber nicht individuell einklagbar sind und sogenannte „freiwilligen Leistungen“, werden in Zeiten des Sparzwanges oft von den Bezirken als erstes gestrichen. Ebenso in Gefahr ist die soziale Daseinsfürsorge des Bezirkes, die Pflege von Parks und Nachbarschafts- und Kiezeinrichtungen, die wir als Linke gegen die Sparmaßnahmen verteidigen müssen. Der kurzfristigen schwarzen Null steht langfristig die Bedrohung des sozialen Friedens gegenüber, der Rückzug des Staates auf Kosten derer, die die Unterstützung am meisten bräuchten: sozial Schwache, Geflüchtete und Menschen in besonderen Notlagen wie die, die auf Hilfen zur Erziehung, auf kostenlose öffentliche Räume, auf kostenlose Kultur und auf einen Platz zum Schlafen für kalte Winternächte angewiesen sind.

97

98 Die Zuwendung als Instrument der Bereitstellung staatlicher Leistungen ist ökonomisch wie in der
99 Hilfeleistung ineffektiv. Da die Finanzierung dieser Leistungen über Zuwendungen laufen, sind
100 sämtliche Kosten durch die Träger zu belegen und werden von der öffentlichen Verwaltung
101 gegengeprüft. So wurde eine buchhalterische Doppelstruktur geschaffen, die auch doppelt kostet.
102 Durch ständige Änderungen nach jedem Haushaltsplan wissen die Beschäftigten nie, ob sie im
103 nächsten Jahr noch einen Job haben, wodurch die Fluktuation der Beschäftigten in den Projekten oft
104 groß ist und immer wieder neues Personal eingearbeitet werden muss, sowie Wissen und Erfahrung
105 verloren geht und immer wieder neu akquiriert werden muss. Bei den jetzt vorgesehenen Kürzungen
106 werden tausende Berliner*innen entlassen werden und die soziale Daseinsfürsorge wird ohne die
107 Finanzierung der entsprechenden Angebote zusammenbrechen. Deswegen darf soziale
108 Daseinsfürsorge nicht outgesourct werden und darf nicht als flexibel streichbarer Haushaltsposten
109 über Outsourcing realisiert werden.

110
111 Es darf nicht auf Kosten der Ärmsten gespart werden, sondern es muss eine Umverteilung zu Gunsten
112 der ärmsten Klassenfraktionen der Klasse der Lohnarbeitenden geben. Die Verteidigung der sozialen
113 Daseinsfürsorge ist das, was nun notwendig ist. Die weitergehende Perspektive kann nur sein, auch die
114 Produktionsmittel umzuverteilen und langfristig die staatlich bereitgestellten Sozialtransfers und
115 Hilfeleistungen, die letztlich nur die Folgen kapitalistischer Ausbeutung notdürftig ausgleichen, unnötig
116 zu machen.